

THEMA



IM LANDTAG

www.spd-fraktion-niedersachsen.de / Ausgabe 2 - April 2019

MEISTERPRÄMIE GESICHERT

WIE WIR UNS NACHHALTIG FÜR DIE
GLEICHWERTIGKEIT VON AKADEMISCHER
UND BERUFLICHER BILDUNG EINSETZEN

INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT NIEDERSACHSENS

400 MILLIONEN EURO FÜR
BEZAHLBAREN WOHNRAUM

ZWISCHEN CUXHAVEN UND HANNOVER

EIN INTERVIEW MIT
UNSEREM HAFENPOLITISCHEN
SPRECHER UWE SANTJER

SPD 
LANDTAGSFRAKTION
NIEDERSACHSEN

INHALT

GRUSSWORT	3
<hr/>	
MITTELVERWENDUNG JAHRESABSCHLUSS	4
<hr/>	
WOHNUNGSPOLITISCHER SCHWERPUNKT	5
<hr/>	
BÜNDNIS „NIEDERSACHSEN FÜR EUROPA“	6
<hr/>	
MEISTERPRÄMIE GESICHERT	7
<hr/>	
MELDUNGEN DER LETZTEN WOCHEN	9
<hr/>	
INTERVIEW MIT UWE SANTJER, MDL	12
<hr/>	
IMPRESSUM	14
<hr/>	



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

am 26. Mai 2019 wählen die Bürgerinnen und Bürger der EU-Mitgliedsstaaten ein neues Parlament. Für den gesamten Kontinent stellt diese Wahl eine Richtungsentscheidung dar. Mit der Abstimmung über den Brexit in Großbritannien hat Europa erstmals in letzter Konsequenz vor Augen geführt bekommen, welchen verheerenden Einfluss ein auf Fake-News basierender Populismus für eine Nation, eine Volkswirtschaft und die politische Kultur in einem der wichtigsten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben kann. Man darf sich nichts vormachen: Vergleichbare Strömungen existieren mittlerweile in einem Großteil der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, sie existieren in Deutschland und sie existieren auch außerhalb der EU. Die politischen Entwicklungen in Ungarn, Polen und dem Gründungsmitglied der EU, Italien, sind in höchstem Maße alarmierend. Vor diesem Hintergrund müssen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den kommenden Wochen noch stärker als bisher für das Friedens- und Wohlstandsprojekt EU werben und dafür sorgen, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zur Wahl gehen und ihre Stimme für Europa abgeben – wir dürfen Europa nicht den Rechtspopulisten und Hetzern überlassen. Mit unserer Spitzenkandidatin Katharina Barley haben wir eine starke Frau ins Rennen geschickt, ihr gilt in diesen Wochen unsere volle Unterstützung!

Ihre Johanne Modder,
Fraktionsvorsitzende

WOHNRAUM, KITA, DIGITALISIERUNG – LANDESREGIERUNG INVESTIERT IN DIE ZUKUNFT



» iStockphoto: evgenyatamanenko

Anfang April wurde die Mittelverwendung des Jahresabschlusses aus dem Jahr 2018 beschlossen. Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag zeigt sich erfreut darüber, dass zusammen mit der VW-Milliarde und dem positiven Jahresabschluss finanzielle Möglichkeiten in Höhe von rund 1,84 Milliarden Euro zur Verfügung stehen.

Einen zentralen Investitionsbereich bildet dabei das bezahlbare Wohnen. Nachdem Bauminister Olaf Lies bereits vergangenes Jahr angekündigt hat, bis zum Jahr 2030 insgesamt 40.000 neue Sozialwohnungen zu schaffen, wird diese Ankündigung nun mit finanziellen Mitteln in Höhe von 400 Millionen Euro untermauert.

„Der positive Jahresabschluss gibt neuen Handlungsspielraum für wichtige politische Investitionen. Wir begrüßen ausdrücklich das Vorhaben der SPD-geführten Landesregierung, weitere Gelder für die öffentliche Wohnraumförderung bereitzustellen. Die angespannte Situation am Wohnungsmarkt macht ein schnelles und entschiedenes Handeln notwendig. Mit den Investitionen tragen die Landesregierung und unser Bauminister Olaf Lies Sorge dafür, dass mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird. Preisgünstiges Wohnen darf nicht zu einer existenziellen Frage werden“, so die Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Johanne Modder.

Nach Einschätzung der SPD-Landtagsfraktion ist dies ein wichtiges Zeichen, um der aufgeheizten Situation auf dem Wohnungsmarkt zu begegnen. Damit folgt das Kabinett von Ministerpräsident Stephan Weil einer der zentralen Forderungen der SPD-Landtagsfraktion. Bereits im Rahmen ihrer Fraktionsklausur in Cuxhaven hatte sie Investitionen in bezahlbaren Wohnraum in dreistelliger Millionenhöhe gefordert.

„Persönlich freut es mich sehr, dass durch den positiven Jahresabschluss weitere Mittel für die frühkindliche Bildung freigesetzt werden können. Hiermit sichern und verbessern wir weiterhin die Qualität in den so wichtigen Bildungseinrichtungen“, erklärt Johanne Modder. Mit dem Investitionsprogramm ‚Kindertagesstätten‘ werden bis zu 60 Millionen Euro für den Kindertagesstättenbereich zur Verfügung gestellt.

Eine dritte Säule bilden die Investitionen in Digitalisierungsmaßnahmen und in den Ausbau des Breitbandnetzes in Höhe von 500 Millionen Euro, welche sich aus VW-Milliarde und Jahresabschluss zusammensetzen und nun ausfinanziert sind. »



» iStockphoto: fizkes

ENTSCHLOSSEN GEGEN DIE WOHNUNGSNOT – 400 MILLIONEN EURO FÜR BEZAHLBAREN WOHNRAUM

Die SPD-geführte Landesregierung hat im April angekündigt, im laufenden Jahr rund 400 Millionen Euro zusätzlich für den sozialen Wohnungsbau zu mobilisieren. Damit folgt die Landesregierung auch einem Beschluss der SPD-Landtagsfraktion, die auf ihrer Klausur in Cuxhaven vom 11. bis 13. März bereits eine Erhöhung der Mittel vorgeschlagen hatte.

Die SPD-Fraktionsvorsitzende Johanne Modder sagte im Rahmen der dreitägigen Klausur: „Wir als SPD-Landtagsfraktion setzen uns für gesellschaftlichen Zusammenhalt ein und wollen ein deutliches Zeichen setzen. Wir erwarten, dass die Landesregierung vom Jahresüberschuss 2018 einen nicht unerheblichen dreistelligen Millionenbetrag für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellt.“

Angesichts der angespannten Lage in vielen Kommunen sei es nun wichtig, den Förderrahmen für die Investitionen schnellstmöglich abzustecken, damit zeitnah zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden könne, so Adomat. „Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist eine zentrale politische Aufgabe unserer Zeit, die wir gemeinsam mit der Landesregierung entschlossen angehen.“

Dirk Adomat, baupolitischer Sprecher der Fraktion begrüßte vor diesem Hintergrund die Ankündigung der zusätzlichen Investitionen durch SPD-Bauminister Olaf Lies:

» Dazu die Fraktionsvorsitzende Johanne Modder: „Mit dem Masterplan Digitalisierung wurde bereits im vergangenen Jahr ein ambitioniertes Vorhaben zur Digitalisierung in Niedersachsen vorgelegt. Diese Ziele können mit den zusätzlichen Mitteln aus dem Jahresüberschuss sowie den Geldern aus der VW-Milliarde konsequent angegangen

werden“, erklärt Modder und ergänzt: „Wir müssen weiter dafür sorgen, dass die Digitalisierung in Niedersachsen voranschreiten kann. Der flächendeckende Breitbandausbau und das Schließen von Funklöchern müssen der Vergangenheit angehören, dies ist nur der technologische Grundstock. Wir müssen uns mit den wichtigen Zukunftsthemen auseinandersetzen und

Vorreiter in der Digitalisierung werden.“ Nicht zuletzt zeigt die Niedersächsische Landesregierung mit der Tilgung von Altschulden das deutliche Engagement, das Land Niedersachsen auch perspektivisch zukunftsfähig aufzustellen. Mit den Mitteln des Jahresüberschusses 2018 wurde eine Schuldentilgung von mehr als 680 Millionen Euro vollzogen.

[14]



„Es ist ausgesprochen erfreulich, dass unserer gemeinsamen Forderung mit der angekündigten Mittelverwendung aus dem Jahresabschluss 2018 nun Nachdruck verliehen wird. Mit den zusätzlichen 400 Millionen Euro können wir zudem auch mehr bezahlbaren Wohnraum für Studierende schaffen, um an den niedersächsischen Hochschulstandorten für eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt zu sorgen.“ Angesichts der angespannten Lage in vielen Kommunen sei es nun wichtig, den Förderrahmen für die Investitionen schnellstmöglich abzustecken, damit zeitnah zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden könne, so Adomat. „Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist eine zentrale politische Aufgabe unserer Zeit, die wir gemeinsam mit der Landesregierung entschlossen angehen.“ [10]



NIEDERSACHSEN FÜR EUROPA



» iStockphoto: Zbynek Pospisil

» SPD TRITT ALS ERSTE LANDTAGSFRAKTION BÜNDNIS BEI

Als erste Fraktion im Niedersächsischen Landtag ist die SPD-Fraktion dem Bündnis „Niedersachsen für Europa“ beigetreten. Dem Bündnis gehört eine Vielzahl von gesellschaftlichen Akteuren an, die in dem Ziel geeint sind, die europäische Integration zu fördern und den europäischen Gedanken stärken zu wollen.

Die SPD-Fraktionsvorsitzende Johanne Modder erklärt zum Bündnis-Beitritt ihrer Fraktion: „Nie herrschte auf dem europäischen Kontinent so lange Frieden wie seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahr 1952. Was als wirtschaftliche Montanunion begann, entwickelte sich schnell zu einer kulturellen Wertegemeinschaft, der inzwischen mehr als 500 Millionen Menschen angehören.“

Die Europäische Union ist nicht nur das erfolgreichste Friedensprojekt in der

Menschheitsgeschichte, sondern eine Verbesserung von alltäglichen Lebensrealitäten der europäischen Bürgerinnen und Bürger. In turbulenten Zeiten des aufkeimenden Nationalismus und eines anachronistischen Brexits ist die europäische Gemeinschaft wichtiger denn je. Daher möchten wir unseren Teil im Bündnis ‚Niedersachsen für Europa‘ leisten und uns für ein soziales Europa einsetzen“.

„Als Pol für friedensgewährende Sicherheit, wirtschaftlichen Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt ist die Europäische Union ein Garant für Fortschritt. Wir als SPD-Landtagsfraktion sehen unsere Grundwerte im europäischen Gedanken verwirklicht und halten die Weiterentwicklung der Europäischen Union, die auf den Ideen Robert Schumans aus dem Jahr 1950 fußt, für notwendig, um das friedliche und konstruktive

Miteinander auf dem Kontinent weiter voranzutreiben. In der heutigen Zeit ist es elementar, dass Populisten und Nationalisten durch die starken Stimmen von Demokratinnen und Demokraten in die Schranken gewiesen werden.“

Niedersachsen steht für ein weltoffenes, vielfältiges und starkes Europa der Solidarität und Nächstenliebe. Für uns als SPD-Landtagsfraktion steht fest: Wir müssen mehr Europa wagen und Nationalismus eine klare Absage erteilen!“, so der europapolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Christos Pantazis. [14]

MEISTERPRÄMIE BLEIBT ERHALTEN!



» iStockphot: Deagreez

Wir schreiben die Erfolgsgeschichte der Meisterprämie fort! Die Meisterprämie im Handwerk ist ein voller Erfolg, den die SPD-geführte Landesregierung in dieser Legislatur auf den Weg gebracht hat.

Seit Mai 2018 kann jeder, der seit dem 01.09.2017 in Niedersachsen seine Meisterprüfung im Handwerk bestanden hat, diese Prämie in Höhe von 4.000 Euro beantragen.

Die ausbildenden Betriebe loben die effiziente, unbürokratische und digitale Abwicklung. Von den Absolventinnen und Absolventen wird sie als große Wertschätzung angesehen und sehr gut angenommen. In den ersten sechs Monaten seit ihrer Einführung wurden bereits 2.000 Anträge auf die Meisterprämie bei der NBank (Investitions- und Förderbank des Landes Niedersachsen) gestellt.

In der Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtags im März 2019 haben wir dafür Sorge getragen, dass die Erfolgsgeschichte der Meisterprämie auch nach dem Auslaufen der derzeitigen Förderperiode Ende 2019 fortgesetzt wird. Auf Bundesebene plant die Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD zwar, mit dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz finanzielle Hürden für den beruflichen Aufstieg abzubauen

und Meisterinnen und Meistern im Handwerk bundesweit bei bestandener Meisterprüfung die angefallenen Gebühren ganz oder teilweise zu erstatten. Wir schaffen aber, noch bevor eine Einigung auf Bundesebene erzielt wird, Planungssicherheit für die zukünftigen Meisterabsolventen.

Heute ist der Fachkräftemangel im Handwerk spürbarer denn je. Die Auftragsbücher der Handwerksbetriebe sind voll und viele Kunden müssen mit langen Wartezeiten rechnen. Die Meisterausbildung muss attraktiver werden, damit mehr Menschen sich für diese entscheiden und so die Voraussetzungen für eine eigene Betriebsgründung schaffen. Seit Mai 2018 bietet die Meisterprämie in Niedersachsen einen zusätzlichen Anreiz für die Nachwuchskräfte im Handwerk, sich fortzubilden und die eigenen Qualifikationen zu stärken. Sie ist zugleich eine finanzielle Anerkennung für die bestandene Prüfung. [14]



„DIE MEISTERPRÄMIE STÄRKT DAS HANDWERK!“

Zur Meisterprämie haben wir drei Fragen an unseren handwerkspolitischen Sprecher Rüdiger Kauruff gestellt. Zum Hintergrund: Rüdiger Kauruff ist seit dieser Legislaturperiode erstmals Mitglied des Niedersächsischen Landtags und vertritt den Wahlkreis Garbsen/Wedemark. Er ist nicht nur handwerkspolitischer Sprecher, sondern auch Sprecher für Feuerwehr- und Katastrophenschutz.

TiL: Wieso wird die Meisterprämie auch für die Folgejahre gesichert?

Rüdiger Kauruff: Die Meisterprämie in Höhe von rund 4.000 Euro für das erfolgreiche Absolvieren der Meisterprüfung hat sich als Instrument zur Erhöhung der Attraktivität der beruflichen Weiterbildung bewährt. Um dem Fachkräftemangel im Handwerk zu begegnen, ist dieser finanzielle Anreiz sehr wichtig. Die vorherigen Kosten für eine Meisterausbildung mit ihren Lehrgangsgebühren sowie der zeitgleiche Verzicht auf das Betriebsgehalt haben bisher stark abgeschreckt. Wir wollen den Meister, der auch zur Betriebsübernahme qualifiziert, weiter stärken.

TiL: Wieso setzt sich die SPD-Landtagsfraktion in Niedersachsen so für die Ausbildung ein?

Rüdiger Kauruff: Das ist ganz einfach: Wir als SPD-Landtagsfraktion setzen uns für die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung auf Bundesebene ein.

Die Ausbildung mit ihrer Weiterqualifizierung als Fachwirt oder Meister sollte keinen untergeordneten Stellenwert gegenüber einem Studium vorweisen. Daher ist es folgerichtig, dass wir, nachdem wir 2013 die Studiengebühren abgeschafft haben, uns nun auch für die Attraktivitätssteigerung der beruflichen Bildung einsetzen.

TiL: Ist eine Ausweitung der Meisterprämie auf andere Bereiche und Branchen denkbar?

Rüdiger Kauruff: Steter Tropfen höhlt den Stein. Wir als SPD-Landtagsfraktion machen uns konstant für den Weg zur gebührenfreien Bildung stark. Auf die Abschaffung der Studiengebühren folgte die Abschaffung der Kindergartengebühren sowie mit diesem Jahr auch der Einstieg in die Schulgeldfreiheit für Gesundheitsfachberufe und für ErzieherInnen. Die Meisterprämie ist auf diesem Weg ein weiterer Baustein. Wie oben dargestellt, setzen wir uns weiterhin für die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung ein – allerdings muss dies auch finanziell darstellbar sein. Hier gilt die Devise: Ein Schritt folgt dem anderen.

[14]



PRESSEMITTEILUNGEN DER LETZTEN WOCHEN



Frank Henning zum aktuellen Stand der Nord/LB:

“Wir als SPD-Landtagsfraktion sehen das zukünftige Geschäftsmodell als tragfähig an und begrüßen die nun eingeleitete Neuausrichtung der Nord/LB. Die Finanzierung der Agrarwirtschaft und Energiewirtschaft wird für die zukünftige Ausrichtung der Bank im Agrar- und Windenergieland Nr. 1 eine zentrale Rolle spielen. Auch durch eine weitere Schwerpunktsetzung im Immobilienbereich ist mit guten Renditen zu rechnen. Des Weiteren wird die hoch profitable Flugzeugfinanzierung und der Privatkundenbereich der Braunschweigischen Landesbank die weitere Ausrichtung der Nord/LB definieren. Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind zuversichtlich, dass mit den nun gebildeten Schwerpunktbereichen auch die Erwartungen der EU hinsichtlich der Rendite von 8 Prozent sowie einer Eigenkapitalquote von 14 Prozent erfüllt werden kann. Durch den Abbau des Schiffsportfolios werden zukünftig die Risiken minimiert und die Bank auf eine tragfähige Grundlage gestellt.

Wir stehen bei dem zu erwartenden Arbeitsplatzabbau an der Seite der Arbeitnehmervertreter und fordern klar und deutlich, auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten. Vielmehr müssen sozialverträgliche Lösungen und freiwillige Maßnahmen im Rahmen von Sanierungstarifverträgen der richtige Weg sein, um weitere Härten gegenüber den über 2.000 betroffenen Beschäftigten zu vermeiden.“



Dr. Dörte Liebethuth: Europäische Jugendbegegnungen bis 2025 für die gesamte junge Generation!

„Während der Brexit neue Hindernisse zwischen Menschen in Europa aufbaut, können europäische Jugendbegegnungen solche Hürden abbauen. Europäische Jugendbegegnungen tragen zum Zusammenhalt und Frieden in der Europäischen Union bei. Sie sind Europa zum Miterleben.“

Mit unserem jetzt beschlossenen Antrag bittet der Landtag die Landesregierung, eine Initiative ‚Europa – Chancen für alle!‘ zu starten. Sie soll allen jungen Bürgerinnen und Bürgern Niedersachsens die Chance geben, vor ihrem 25. Geburtstag mindestens einmal für mindestens zwei Wochen lang den Alltag eines anderen europäischen Landes miterleben zu können. Unser Ziel ist also: ‚Erasmus für alle!‘ Gerade den zahlreichen Auszubildenden und jungen Menschen mit geringeren Teilhabechancen, die bisher kaum an europäischen Jugendbegegnungen teilnehmen, soll mit Hilfe der Initiative ‚Europa – Chancen für alle!‘ Auslandserfahrung ermöglicht werden. Europa erleben – das fördert die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen, lässt sie Kontakte knüpfen, und es bringt Schlüsselqualifikationen, die in unserer globalisierten Welt Zukunftschancen eröffnen.

Allen Kommunen, Trägern der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit, Betrieben, Kammern, Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie vielfältigen weiteren Organisationen und Initiativen, die sich zum Teil seit vielen Jahren intensiv für europäische Partnerschaften und Austauschmaßnahmen engagieren, dankt die SPD-Fraktion herzlich. Auf dieses großartige Engagement wollen wir mit der Initiative ‚Europa – Chancen für alle!‘ aufbauen.“



» Reuters/F.Bensch

PRESSEMITTEILUNGEN DER LETZTEN WOCHEN



Dunja Kreiser zur Handhabbarmachung der Datenschutzgrundverordnung:

„Mehr als 55.000 Vereine in Niedersachsen sehen sich seit dem 25. Mai 2018 mit der praktischen Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung konfrontiert. Gerade unter den Gesichtspunkten der Verarbeitung von personenbezogenen Daten bewegen sich Vereine und ihre Mitglieder bei der Umsetzung der DSGVO in einem rechtlich komplexen Rahmen. Eine Nichtbeachtung kann häufig zu erheblichen Sanktionen und damit verbundenen Schadenersatzforderungen führen. Die wichtige Arbeit im Ehrenamt darf nicht durch zusätzliche Hürden erschwert werden!

Mit unserem in der Plenarsitzung auf den Weg gebrachten Antrag wollen wir die Vereine in Niedersachsen entlasten und die DSGVO handhabbar machen. Wir bitten die niedersächsische Landesdatenschutzbeauftragte in Zusammenarbeit mit dem niedersächsischen Datenschutzinstitut, die Vereine bestmöglich zu schulen und zu beraten. Zudem muss für die Vereine gelten: Beratung vor Sanktionen. So sollen Erstverstöße gegen die DSGVO nicht mit Bußgeldern belegt werden, sondern individuelle Beratungsangebote weitere Verstöße vermeiden. Die niedersächsischen Vereine benötigen Handreichungen und rechtssichere Formulierungs- und Handlungsleitlinien, mit denen sie datenschutzkonform im digitalen Raum agieren können.

Nicht zuletzt bitten wir die Landesregierung, sich für eine Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes unter dem Gesichtspunkt der Entlastung des Ehrenamts und der Vereine einzusetzen. Es ist nicht praktikabel, dass Vereine einen Datenschutzbeauftragten bestellen müssen. Stattdessen müssen wir das ehrenamtliche Engagement fördern und diese Bestellverpflichtung aufheben.“



Marcus Bosse und Volker Senftleben: Solidarität mit „Fridays for Future“

„Die Jugendbewegung ‚Fridays for Future‘ hat weltweit junge Menschen in einer bisher nicht gekannten Anzahl mobilisiert und das Bewusstsein für den Klimaschutz intensiviert. Wir freuen uns über dieses Engagement der jungen Generation zugunsten des Klimas“, so die SPD-Landtagsabgeordneten Volker Senftleben und Marcus Bosse. „Wir nehmen den Ruf der Schülerinnen und Schüler für ein schnelles, klimapolitisches Handeln sehr ernst. Daher wollen wir schnellstmöglich den Klimaschutz in die Verfassung aufnehmen, um den hohen Stellenwert dieser Aufgabe für unsere Gesellschaft zu verdeutlichen“, erklärt der energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Volker Senftleben. „Außerdem arbeiten wir mit Hochdruck an dem Niedersächsischen Klimagesetz. Wir werden mit diesem Gesetz das Land Niedersachsen mit seinen Ministerien und Betrieben selbst in die Pflicht nehmen, um in einer Art Vorbildfunktion voranzugehen. Wir müssen unser Klima und unsere Erde schützen und werden Wege entwickeln, um auch die junge Generation in diesen Prozess einzubinden!“, so der umweltpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Marcus Bosse. Er fordert: „Es darf keine weitere Zeit ver-rinnen, wir müssen jetzt handeln! Wir erwarten die Verabschiedung des Gesetzes noch in diesem Jahr.“ [14]





PRESSEMITTEILUNGEN DER LETZTEN WOCHEN



Stefan Politze zur Verstetigung des Schulversuchs SPRINT:

Das Land Niedersachsen will den Schulversuch SPRINT und dessen Module in der neu konzipierten zweijährigen Berufseinstiegsschule (BES) verankern und als Dauerangebot in das Regelsystem der berufsbildenden Schulen überführen. Das zweistufige System soll sicherstellen, dass die Integration von jungen Geflüchteten im Rahmen der beruflichen Bildung fortgeführt wird und so die Basis für eine gelingende Integration in das Arbeitsleben gewährleistet bleibt.

„Klar ist, dass Schulversuche nicht ewig weiterlaufen können, weswegen die Verstetigung der SPRINT- und SPRINT-Dual-Angebote an den berufsbildenden Schulen ausdrücklich zu begrüßen ist. Es ist wichtig, dass der Schulversuch als Sprach- und Integrationsprojekt für jugendliche Flüchtlinge und die damit verbundenen positiven Erfahrungen an berufsbildenden Schulen langfristig gesichert werden.“

Wie die Vergangenheit zeigt, ist die Kombination aus Vermittlung deutscher Sprachkenntnisse sowie der praxisorientierten Einführung in die Berufs- und Arbeitswelt eine optimale Vorbereitung für eine erfolgreiche Zukunft der Jugendlichen mit Fluchtgeschichte. Wir als SPD-Landtagsfraktion vertreten die klare Haltung, dass der elementare Schlüssel für eine gelingende Integration in der Vermittlung von sprachlichen Kompetenzen liegt. Zwar sind die Zahlen der Geflüchteten durchaus sinkend und die Schulversuche wurden 2015 und 2016 in einer akuten Drucksituation geschaffen, doch haben sich diese Programme als Glücksgriffe sowohl für die geflüchteten Jugendlichen als auch die berufsbildenden Schulen erwiesen. Als zentrale Eckpfeiler von Partizipation und Integration haben sich SPRINT und SPRINT-Dual etabliert, weswegen die dauerhafte Sicherung der Sprach- und Integrationsangebote durch das Land auch für die Folgejahre richtig ist.

In diesem Kontext begrüßen wir ausdrücklich das Engagement von Kultusminister Tonne, mittelfristig Anpassungen am Schulgesetz vorzunehmen, jedoch schon ab August durch eine flexible Vorgriffsregelung einen nahtlosen Übergang zu gewährleisten.“

Mehr aktuelle Pressemitteilungen und Informationen zu unseren aktuellen Anträgen sowie politischen Vorhaben sind auf unserer Homepage und unseren Social Media-Präsenzen zu finden.

“GUTE POLITIK BRAUCHT KOPF UND HERZ!”

INTERVIEW MIT DEM STELLVERTRETENDEN
FRAKTIONSVORSITZENDEN UWE SANTJER AUS CUXHAVEN

Uwe Santjer, SPD-Landtagsabgeordneter aus Cuxhaven, spricht im Interview über die Beweggründe für seine Kandidatur für das Oberbürgermeisteramt in seiner Heimatstadt und darüber, was aus seiner Sicht gute Politik ausmacht.

Til: Uwe, du sitzt seit 2013 für die SPD im Landtag und vertrittst dabei den Wahlkreis Cuxhaven – was hat dich zur Kandidatur für das Oberbürgermeisteramt dort bewogen?

Santjer: Ich bin ein echter Cuxhavener Jung und fühle mich der Stadt und natürlich insbesondere den Menschen in der Region sehr verbunden. Als die Partei mich gefragt hat, habe ich abgewogen und bin zu der Überzeugung gekommen, dass ich mit meinen Erfahrungen und meinem Netzwerk aber auch aufgrund meines Alters und meines Cuxhaven-Gens das Beste für die Stadt erreichen kann. Ich will in den kommenden Jahren meinen Beitrag dazu leisten, dass Cuxhaven eine lebenswerte, gerechte und eine wirtschaftlich starke Stadt bleibt.

Til: Du bist ausgebildeter Erzieher und bearbeitest in der Landtagsfraktion fast schon folgerichtig das Thema frühkindliche Bildung – wie würdest du die Entwicklungen der letzten Jahre in diesem Bereich bewerten?

Santjer: Auf die Gefahr hin, unbescheiden zu wirken: Gerade im Bereich der frühkindlichen Bildung haben wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine ganze Menge erreicht und zum Besseren verändert. Nach der Wahl der rot-grünen Regierung im Jahr 2013 haben wir die Bildungspolitik im Allgemeinen zu einem absoluten Schwerpunktthema gemacht. Mit der Einführung der dritten Kraft in der Krippe konnten wir beispielsweise den Personal-Kind-Schlüssel in diesem Bereich deutlich verbessern und stehen damit auch im Bundesvergleich ausgesprochen gut da. Nach der Wahl 2017 wiederum haben wir in einem echten finanziellen Kraftakt die Gebührenfreiheit an den niedersächsischen Kindergärten zum August 2018 beschlossen und umgesetzt. Das sind Dinge, auf die die gesamte SPD in Niedersachsen stolz sein kann. Dennoch wissen wir, dass wir bei der Personalausstattung der Kindergärten noch Verbesserungsbedarf haben.

Til: Gerade an der Beitragsfreiheit gab es auch Kritik...

Santjer: Das war zu Zeiten der Einführung so, aber heute höre ich von damaligen KritikerInnen kaum noch etwas. Mit der Beitragsfreiheit haben wir den Zugang zu frühkindlicher Bildung vom Geldbeutel der Eltern unabhängig gemacht. Heute kann jedes Kind in Niedersachsen einen Kindergarten besuchen, ohne dass Mütter oder Väter überlegen müssen, wie sie die teils hohen Gebühren wieder hereinarbeiten können. Das ist klassische sozialdemokratische Politik, und da stehe ich voll und ganz dahinter. Im Übrigen erkennen auch die allermeisten Kommunen in Niedersachsen mittlerweile an, dass die Landesregierung ihr Versprechen gehalten hat und ihnen einen fairen Ausgleich für die entfallenden Gebühren zahlt.

Til: Neben deinem Amt als Sprecher für frühkindliche Bildung bist du auch hafenpolitischer Sprecher...

„ICH BIN BIS ZUM LETZTEN TAG LANDTAGSABGEORDNETER MIT LEIB UND SEELE“

Santjer: ...und das aus Leidenschaft! Gerade für eine Stadt wie Cuxhaven ist die Hafen-, aber auch die Energiepolitik des Landes von essentieller Bedeutung. Wir haben an der Küste ein unglaubliches wirtschaftliches Potential, das auch dank der Politik der SPD-geführten Landesregierungen der letzten Jahre immer mehr gesehen und gehoben wird. Gleichzeitig stehen wir in gewisser Weise im Zentrum der Energiewende, die nur mit dem Ausbau der On- und Offshore-Windenergie und der Ansiedlung und Förderung der Wasserstofftechnologie zu bewältigen sein wird. Gerade beim Ausbau der Windenergie sind wir aber auch von der Bundesregierung abhängig, die endlich den unsinnigen Ausbaudeckel heben muss. Da ist der Bundeswirtschaftsminister nicht erst seit gestern gefordert und tut aus meiner Sicht viel zu wenig.

Til: Das klingt nicht, als hättest du dich innerlich bereits von Landespolitik verabschiedet...

Santjer: Das wäre ja auch vollkommen vermessen! Meine Kandidatur für das Amt des Oberbürgermeisters verändert meine Blickrichtung nicht. Im Zentrum meines Handelns steht immer der Wunsch, das Leben der Menschen besser zu machen. Und wenn ich z.B. nach Oldenburg blicke, ist das auch der richtige Weg. Wer als Oberbürgermeister den direkten Draht zum Land hat, wird für seine Stadt das Beste rausholen können.



Uwe Santjer mit Ministerpräsident Stephan Weil in Cuxhaven.

Außerdem machen die Menschen keinen großen Unterschied zwischen Politik auf Landes- oder kommunaler Ebene. Die Leute wollen, dass ihre Probleme gelöst werden und sie ohne Angst in die Zukunft schauen können.

Til: Was für Probleme sind das aus deiner Sicht?

Santjer: Nehmen wir das Thema Wohnen: Die Menschen fragen sich, ob sie sich ihre Wohnung morgen, in fünf oder in zehn Jahren noch leisten können – die Knappheit von Wohnraum ist ein großes Problem für viele Kommunen, nicht nur in den Ballungsgebieten. Gleichzeitig werden die Kommunen, und so auch die Stadt Cuxhaven das Problem nicht alleine lösen können. Sie sind dabei auf die Hilfe des Bundes und des Landes angewiesen. Deshalb ist es ein Riesenschritt nach vorne, dass

Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau mobilisiert. Aber auch das Land kann diese Aufgabe nicht alleine schultern, da braucht es vertrauensvolle Zusammenarbeit über alle Ebenen hinweg. Und für diese Zusammenarbeit stehe ich.

Til: Ist diese Zusammenarbeit für dich ein Zeichen guter Politik?

Santjer: Unbedingt, aber nicht nur! Die Politik hat in der Öffentlichkeit nicht den besten Ruf und ich glaube, dass das auch damit zu tun hat, dass sie zu oft nur auf die Köpfe der Menschen abzielt. Für mich braucht gute Politik aber beides: Kopf und Herz – weil so vieles vom Vertrauen abhängt. Jemandem zu vertrauen, ist aber immer auch ein Stück weit irrational und eben nicht nur vom Kopf gesteuert.

„OHNE KENNTNIS UNSERER GESCHICHTE BLEIBT DIE GEGENWART UNBEGREIFBAR“

- HELMUT SCHMIDT



HERAUSGEBER

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover

V.i.S.d.P.: René Kopka, Fraktionsgeschäftsführer

Redaktion: Oliver Grimm, Jan Hartge, Eva Güntzel

Design und Satz: Jan Hartge



www.spd-fraktion-niedersachsen.de



[spd.fraktion.niedersachsen](https://www.instagram.com/spd.fraktion.niedersachsen)



[spd.fraktion.niedersachsen](https://www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen)



SPDLTND@LT.Niedersachsen.de